

ECONOMIA E POL. INTERNA

DIE ZEIT

27/10/2006 » Geisel von neun Parteien« (intervista a Tommaso Padoa-Schioppa)

2

»Geisel von neun Parteien«

Vom Sparen mit Hilfe der Kommunisten, von der Epidemie der Steuerhinterziehung – und vom Charme des Chaos: Ein Gespräch mit dem italienischen Finanzminister Tommaso Padoa-Schioppa

DIE ZEIT: Herr Minister, führende Rating-Agenturen haben vorige Woche Italiens Kreditwürdigkeit zurückgestuft. Als einen Grund nennen die Agenturen Ihren neuen Staatshaushalt. Bereuen Sie, in Ihrem Entwurf nicht härter gespart zu haben?

Tommaso Padoa-Schioppa: Wir haben schon sehr hart gespart. Die politische Durchsetzbarkeit von höheren Einschnitten bei den Staatsausgaben hat in diesem Budget wohl ihre Grenzen erreicht. Wir bringen 2007 das Defizit nach sechs Jahren wieder unter die Drei-Prozent-Grenze. Auch unsere riesige Schuldenlast fängt wieder an zu sinken. Die Ausgaben sind wieder unter Kontrolle, nachdem sie in den vergangenen fünf Jahren wesentlich stärker gewachsen waren als das Bruttoinlandsprodukt. Sehr wohl hätte ich aber umgeschichtet. Meine ersten fünf Monate im Amt haben mir gezeigt, wie schwierig das ist. Der Widerstand dagegen ist wie der Schild von Achilles mit seinen sieben Schichten. Außen sind die Gesetze. Dann kommt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Danach die Vielzahl von Ausgabenposten, die alle bedient sein wollen. Dann kommt das Parlament, das legitimerweise auf seine Kontrollmacht über das Budget beharrt. Und so weiter. Wann immer sie eine Schicht durchdrungen haben, kommt die nächste.

ZEIT: Statt die Ausgaben zu kürzen, erhöhen Sie die Steuern.

Padoa-Schioppa: Ich weiß, dass die meisten derzeit so denken. Es stimmt aber nicht. Wir handeln vor allem bei den Ausgaben, nicht bei den Einnahmen. Erstens müssen Sie sehen, dass wir viele Familienhaushalte ganz von der Einkommensteuer befreien, die Steuern werden für mehr als 90 Prozent der Italiener sinken. Zweitens ist es ja wohl keine Steuererhöhung, wenn wir die Steuervermeidung und die Steuerhinterziehung drastisch verringern wollen. Aber so wird uns das derzeit ausgelegt.

ZEIT: Nach Berlusconi wollte die Mehrheit der Italiener einen neuen Start. Jetzt sieht es so aus, als brähte Ihre Regierung ihn nicht zustande.

Padoa-Schioppa: Die Schonfrist einer neuen Regierung dauert eben nicht ewig. Und die Italiener sind besonders skeptisch. Außerdem: Wir haben den Haushalt wieder unter Kontrolle gebracht und das Budget massiv korrigiert – so massiv wie seit mindestens zehn Jahren nicht. Damals drohte Italien den Euro zu verpassen. Heute haben wir, anders als zu jener Zeit, keine klar wahrgenommene Krise – obwohl die Haushaltslage sehr kritisch ist. Das macht die Aufgabe noch schwerer.

ZEIT: Ihre Regierung umfasst neun Parteien, von der liberalen Mitte bis zur radikalen Linken. Das kann unmöglich gut gehen.

Padoa-Schioppa: Bisher würde ich sagen, doch! Un-

terschätzen Sie nicht, was es bedeutet, dass alle Minister im Kabinett unsere große Haushaltskorrektur absegnet haben. Alle. Und das, obwohl in unserer Regierung zwei radikal linke Parteien sind, wie sie seit der Geburt von Karl Marx in keiner anderen europäischen Regierung vorgekommen sind – und wie sie auch in Italien mehr als hundert Jahre nicht mitregiert haben.

ZEIT: Wird die Koalition fünf Jahre lang halten?

Padoa-Schioppa: Derzeit sieht es für mich so aus.

ZEIT: Der Erfolg einer Regierung entscheidet sich oft schon am Anfang. Die erste große Enttäuschung kam, als Sie mit der Deregulierung des Taxi-Gewerbes scheiterten. Nun erklärt die Rating-Agentur Standard & Poor's Italien zum zweit schlechtesten Schuldner der EU, nach Griechenland. Büßen Sie nicht jetzt schon Ihre Reformkraft ein?

Padoa-Schioppa: Die Signale sind gemischt. Wie die katastrophale Taxi-Situation hier in Rom zeigt, waren wir da noch nicht erfolgreich genug. Aber man muss uns nicht nur danach bewerten, wie schnell wir sind, sondern auch danach, wie tief die von uns betriebenen Veränderungen gehen. Wir hätten ganz schnell ein Budget durchbringen können, das die Probleme in die Zukunft verschoben hätte. Derzeit überwiegt natürlich das Lamento. Aber nächstes Jahr wird die Erleichterung groß sein, wenn wir sehen: Wir verlassen die rote Zone von Maastricht.

ZEIT: Nächstes Jahr halten wir Maastricht wieder ein: Die Deutschen kennen dieses Versprechen und wurden bis 2005 immer wieder enttäuscht.

Padoa-Schioppa: Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir es schaffen, unter die drei Prozent zu kommen. Das Budget wird durchs Parlament gehen. Und die dem Haushaltsentwurf zugrunde liegenden Prognosen sind überaus konservativ. So gehen wir davon aus, dass der neue Haushalt das Wachstum 2007 minimal schmälert (von 1,6 Prozent auf 1,3 Prozent), aber danach mehr Dynamik einsetzen wird. Auch die Steuereinnahmen sind vorsichtig geschätzt. Verglichen mit Deutschland, haben wir gigantische Staatsschulden – 107 Prozent des Sozialprodukts. Nach zwei Jahren wird diese Zahl nun endlich wieder sinken.

ZEIT: Wollen Ihre Wähler überhaupt wissen, wie schlecht es um die Finanzen steht?

Padoa-Schioppa: Sicher ist der Regierung die Lage bewusster als der Öffentlichkeit. Ich habe nicht umsonst die heutige Lage des Haushalts mit 1992, dem Jahr der großen Krise, verglichen. Die Schulden sind 2006 höher, und der primäre Überschuss ist niedriger als in 1992.

ZEIT: Die italienische Öffentlichkeit scheinen die Euro-Kriterien und die Drohungen aus Brüssel

nicht sehr zu kümmern.

Padoa-Schioppa: Das würde ich nicht sagen. Ich habe die Brüssel-Karte vorsichtig gespielt, und sie zählt hier mehr als etwa in Frankreich. Darüber hinaus sage ich: Wir müssen es für uns tun, nicht für Brüssel. Allen Ministern dieser Regierung ist klar, dass wir außenpolitisch unglaubwürdig werden, wenn wir Maastricht weiter verfehlen.

ZEIT: Sie wollen die Steuer auf Jahreseinkommen von mehr als 40 000 Euro erhöhen, was erstaunlicherweise nur zehn Prozent der italienischen Haushalte betrifft; die anderen geben bei der Steuererklärung geringere Einkommen an. Eine gewollte Umverteilung von oben nach unten?

Padoa-Schioppa: Angenommen, wir würden nicht gleichzeitig Steuern für Unternehmen senken; angenommen, die Regierung Berlusconi hätte nicht vor allem die Steuern der Reichen gekappt; angenommen, wir hätten kein Budgetproblem – dann hätten wir es nicht gemacht. Aber all das ist der Fall. Deshalb hätte wahrscheinlich auch eine Regierung ohne Linksparteien so gehandelt.

ZEIT: Sind Sie und Ministerpräsident Romano Prodi in Wahrheit nicht Geiseln der radikalen Linken?

Padoa-Schioppa: In dieser Regierung kann jede Partei allein das Ende herbeiführen. Insofern sind wir Geiseln von neun Parteien. Ich musste eine Mischung von Maßnahmen finden, mit der alle leben konnten. Und da war es nicht schwieriger, mit der Linken umzugehen als mit jedem anderen Flügel.

ZEIT: In Italien ist es eine nationale Leidenschaft, Steuern zu hinterziehen. Zugleich wird darin eine große Ungerechtigkeit gesehen. Müssen Sie nicht viel mehr gegen die Steuerhinterziehung tun, etwa die Zahl der Prüfer vervielfachen?

Padoa-Schioppa: In der Tat ist die Steuervermeidung eine Pathologie der italienischen Gesellschaft. Eine Epidemie! Das hat sich historisch entwickelt, aus Misstrauen gegenüber den Politikern und dem Staat, durch das Verhalten fremder Mächte, die hier zeitweise das Sagen hatten. Die vorherige Regierung hat diese Haltung noch verstärkt, indem einige ihrer Mitglieder die Steuerumgehung als legitimes Mittel gegen staatliche Übergriffe darstellten. Mit Prüfern allein kommen Sie da nicht weit. Innerhalb von fünf Jahren können wir aber viel verändern. Die öffentliche Verwaltung muss effektiver werden. Schlupflöcher im Steuersystem müssen geschlossen werden. Und wir müssen das moralische Bewusstsein der Bürger schärfen. Ich habe von einem Verstoß gegen das Siebte Gebot gesprochen – und dafür derbe Kritik eingesteckt. Im Falle einer massiven Steuervermeidung handelt es sich jedoch um Diebstahl an der Allgemeinheit.

ZEIT: Haushaltsdisziplin und Steuerehrlichkeit allein schaffen noch kein Wachstum. Wie gut ist Italien für den globalen Wettbewerb gerüstet?

Padoa-Schioppa: Obwohl wir derzeit so viel Energie auf den Haushalt verwenden, ist die Produktivität das eigentliche Problem – im öffentlichen Sektor, aber auch in den Privatunternehmen, die im vergangenen Jahrzehnt viel undynamischer waren als in den vierzig Jahren davor.

ZEIT: Italien gilt heute als »kranker Mann Europas«. In seiner Studie über die Wettbewerbsfähigkeit führt

das World Economic Forum Ihr Land an 42. Stelle. Die Lohnkosten sind, gemessen an der Produktivität, seit 1999 um ein Sechstel gestiegen; in Deutschland fielen sie um mehr als zehn Prozent.

Padoa-Schioppa: Stimmt schon. Während der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts litten zwei EU-Länder unter besonders niedrigem Wachstum, Deutschland und Italien. Aber in dieser Zeit hat sich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit verbessert, die Italiens hat sich verschlechtert. Ich schlage deshalb einen nationalen Pakt vor für eine höhere Produktivität im öffentlichen Sektor, mehr Investitionen in der Privatwirtschaft und eine dauerhaft moderate Lohnentwicklung.

ZEIT: Wie schnell müssen Sie handeln, damit keine Krise im Euro-System entsteht?

Padoa-Schioppa: Ich glaube nicht an das Szenario einer Euro-Krise. Wenn es schlecht läuft, kommt es zu einem schleichenden Abstieg. Und das ist eine echte Gefahr. Am besten redet man aber nicht über Länder, sondern über Regionen. Unser Nordosten kann sich mit jeder Region Europas messen, der Süden leider noch nicht, obwohl dieses Budget sehr viel für den Süden vorsieht. Genauso ist es mit West- und Ostdeutschland. Das zeigt schon, dass sich die Wirtschaft innerhalb eines Landes höchst unterschiedlich entwickeln kann, ohne dass alles auseinander fliegt.

ZEIT: Das 21. Jahrhundert gilt als das asiatische. Wo wird Europa noch wettbewerbsfähig sein?

Padoa-Schioppa: Manche Industrien werden wir verlieren, aber in vielen anderen Wirtschaftszweigen können beide Seiten profitieren. So wie Japan derzeit von China profitiert. Asien und Europa können einander ergänzen. Viele europäische Branchen würden heute schon leiden, würde der Handel mit Fernost behindert – sogar in der Textilindustrie, in der viele Produzenten klagen und die EU einige Hürden errichtet hat. Unsere führenden Luxushersteller haben in China viel zu verlieren und haben gegen die protektionistischen Maßnahmen auch protestiert.

ZEIT: Aber die Umwälzungen für Europa sind doch enorm.

Padoa-Schioppa: Schon. Aber anders als die kleinen Tigerstaaten in Südostasien wird die Wirtschaftsentwicklung Chinas und Indiens nicht vom Export getrieben, sondern von der Nachfrage zu Hause. Die Welt muss einen solchen Wandel friedlich bewältigen, ja, aber der Wandel selbst ist sehr positiv. Ein Drittel der Menschheit macht sich auf den Weg aus der Armut. Das bedeutet doch mehr Sicherheit und mehr Wohlstand für die Welt.

ZEIT: In Berlin und andernorts wird die Idee einer Freihandelszone zwischen Europa und den USA ventiliert, die dann auch Stärke gegenüber China zeigen könnte. Eine gute Idee?

Padoa-Schioppa: Freier Handel, rechtlich abgesichert, ist immer eine gute Sache. Aber Europas politische Union ist noch lange nicht geschafft, das EU-Budget muss ausgebaut werden. Europa muss auf vielen Feldern noch stärker werden. Ein Pakt mit Amerika darf das nicht gefährden.

ZEIT: Muss Europa den Steuerwettlauf nach unten

stoppen? Etwa durch eine Untergrenze für die Unternehmensteuer?

Padoa-Schioppa: Schwierig: Es gibt lokale, nationale und möglicherweise europäische Steuern. Was soll man da harmonisieren, was nicht?

ZEIT: Unfair ist es aber, wenn die Slowakei mit Niedrigsteuern westliche Investitionen anlockt und zugleich Subventionen aus Brüssel kassiert.

Padoa-Schioppa: Das sind keine Subventionen, sondern Hilfen, damit Europa zusammenwächst. Die fließen täglich auch zwischen West- und Ostdeutschland. Nein, Länder, die solche Solidarhilfen bekommen, sollten trotzdem mitkonkurrieren dürfen. Und wenn der Wettbewerb über Steuersätze unfair ist, dann unabhängig von solchen Zahlungen. Aber was sollte daran unfair sein?

ZEIT: Was erwarten Sie von der deutschen EU-Präsidentschaft im kommenden Jahr?

Padoa-Schioppa: Ich war sehr überrascht, dass sich der Entwurf für die Europäische Verfassung nicht tiefgreifend mit dem Haushalt befasst. Jede Verfassung müsste den Budgetprozess regeln, damit man nicht nur Ziele vorgibt, sondern damit die EU auch die Mittel beschaffen kann, um sie zu erreichen. Deutschland könnte da mutige Ideen einbringen. Ein weiteres Anliegen, das mir am Herzen liegt: Die gemeinsame Währung fordert eine einheitliche europäische Börse, wahrscheinlich in Form eines Netzwerks. Eine einheitliche Währung ohne einheitliche Börse ist ein Widerspruch.

ZEIT: Die Italiener verfügen über immensen Reichtum, auch wenn der Reichtum in vielen Steuererklärungen nicht auftaucht. Vielleicht müssen wir uns gar nicht so große Sorgen um Italien machen.

Padoa-Schioppa: Die Herausforderung ist die: Wir brauchen mehr sozialen Wohlstand. Der hohe Luxuskonsum passt nicht ganz zu unserer Infrastruktur, zu unseren Schulen und unserer Forschung. Was Italien immer geprägt hat, ist die Stärke des Individuums, der Familie, des privaten Sektors. Das zu erhalten und trotzdem die Gemeinschaft zu stärken ist nicht einfach.

ZEIT: Vor allem nicht in einem Land, in dem so wenige Kinder geboren werden und die Menschen zugleich besonders früh in Rente gehen.

Padoa-Schioppa: Deswegen haben wir mit den Gewerkschaften vereinbart, die Balance zwischen Jung und Alt im Rentensystem wiederherzustellen. Also muss das Arbeitsleben durch Anreize verlängert werden. Im letzten Teil des Arbeitslebens, und der kann bis 80 dauern, können viele Menschen am Arbeitsmarkt aktiv bleiben, wenn auch nicht unbedingt in ihrem alten Job.

ZEIT: Ein Kenner Ihres Landes sagte kürzlich, die italienische Situation sei hoffnungslos, aber nicht ernst.

Padoa-Schioppa: Eine hübsche Karikatur. Wie ich zu meinen deutschen Freunden schon während der Krisen in den neunziger Jahren sagte: Lassen Sie sich nicht täuschen vom Eindruck der Unordnung und Konfusion. Italien wirkt immer chaotisch, selbst wenn wir unsere Staatsfinanzen ordnen. Auch jetzt protestiert jeder gegen jeden,

aber das ist Teil unseres nationalen Stils, der Ita-

lien so anziehend für die Deutschen macht. Alles wirkt lebendig, im Auto weiß man nie, ob man von links oder rechts überholt wird. Während

ANZEIGE

meiner Zeit in Frankfurt musste ich lernen, dass es in Deutschland gefährlich ist, ständig die Spur zu wechseln. In Italien ist es gefährlich, das nicht zu tun;

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN

UWE JEAN HEUSER UND MATTHIAS NASS

»In unserem Kabinett sind zwei radikal linke Parteien, wie sie seit der Geburt von Karl Marx in keiner anderen Regierung gewesen sind«

»Jeder protestiert gegen jeden, aber das ist Teil unseres nationalen Stils, der Italien so anziehend für die Deutschen macht«

TOMMASO PADOA-SCHIOPPA

Roms Preuße

Tags zuvor war ein politisches Unwetter über Rom gefegt: Die großen Rating-Agenturen Fitch und Standard & Poor's hatten die Kreditwürdigkeit Italiens herabgestuft – Quittung für einen nonchalanten Umgang mit der astronomischen Staatsverschuldung. Man könnte meinen, diese Herabstufung sollte den italienischen Finanzminister nervös machen. Doch in seinem ausgreifenden Büro im prunkvollen Finanzministerium an Roms Via XX Settembre sitzt ein vollkommen entspannter Amtschef.

Tommaso Padoa-Schioppa ist ein sehr genauer Mensch. Auf Konferenzen macht er sich mit winziger, gestochen klarer Bleistiftschrift Notizen in ein kleines, ledergebundenes Büchlein. Wenn er eine Frage stellt oder einen Einwurf formuliert, gliedert er seine Wortmeldung: Erstens, zweitens, drittens. Es umgibt ihn eine professorale Aura.

Aber auch wenn er die besten Universitäten absolviert hat – die Università Commerciale Bocconi in Mailand und das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston –, so hat er doch nicht die Hochschullaufbahn eingeschlagen. Stattdessen entschied er sich für die Finanzwelt. 1968 trat er in die Banca d'Italia ein, die italienische Zentralbank. Er wechselte 1979 nach Brüssel, wo er bei der EU-Kommission die Generaldirektion für Wirtschaftliche und Finanzielle Angelegenheiten übernahm und an der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion beteiligt war. 1983 wurde er stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia, 1997 Chef der italienischen Börsenaufsicht, bevor er 1998 ins Direktorium der neu gegründeten Europäischen Zentralbank wechselte.

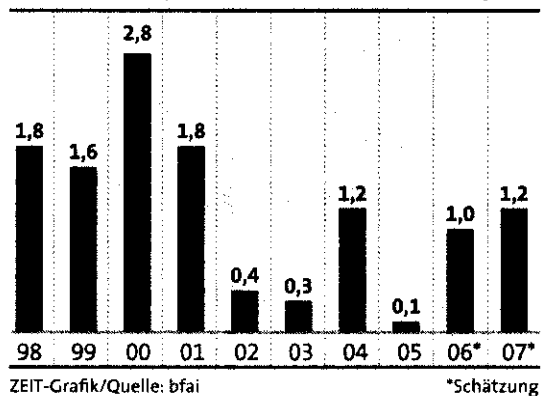
Mit seiner Präzision, seinem Arbeits-eifer und seiner Disziplin haftet dem 66 Jahre alten Padoa-Schioppa etwas Preußisches an. Etwas Preußisches freilich, das mit großer Liebenswürdigkeit und Höflichkeit gepaart ist. Im Mai dieses Jahres berief Romano Prodi ihn nach seinem Wahlsieg über Silvio Berlusconi als Finanzminister in die neue Regierung der linken Mitte. Als Finanz- und Wirtschaftsminister wohlgeremt; in Berlin hieße er »Superminister«.

Padoa-Schioppa strahlt Vertrauen aus, für sein Portefeuille wohl das wichtigste Kapital. Er wird es brauchen. Denn Italiens Wirtschaft lahmt, das Wachstum lag 2005 bei knapp über null. Und seit Jahren schon verfehlt Italien die Dreiprozentklausel des Maastricht-Vertrags; mit einem Gewaltakt will die Regierung Prodi die Neuverschuldung nun innerhalb eines Jahres von 4,8 Prozent auf 2,8 Prozent senken.

In Italiens Regierung ist der parteilose Padoa-Schioppa neben Prodi der zweite Star. Ein stiller Star allerdings, der kein Aufhebens von sich macht. Er wäre auch der Letzte im römischen Kabinett, der dies nötig hätte. **MATTHIAS NASS**

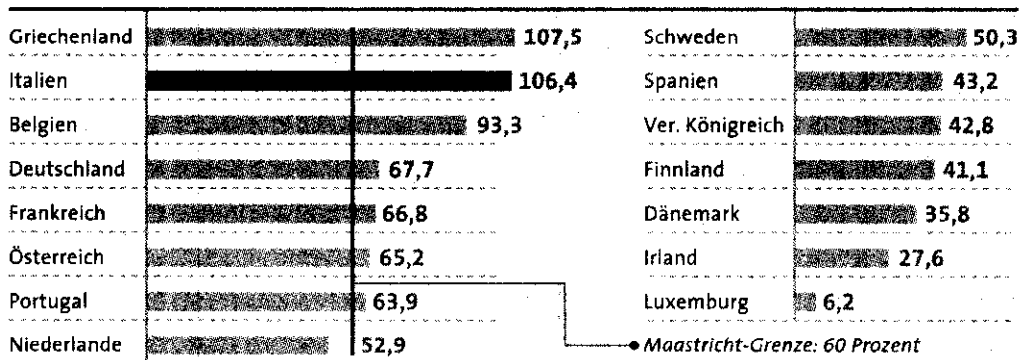
Schwaches Wachstum

Veränderung des italienischen Bruttoinlandsprodukts in Prozent zum Vorjahr



Hohe Schulden

Staatsverschuldung der EU-15-Staaten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



ZEIT-Grafik/Quelle: Eurostat